

Die Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 hat folgenden Antrag beschlossen:

ANTRAG

Änderungsantrag

im Einklang mit dem Anliegen der Bürgerinitiative „57 Darmstadt verdoppelt“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

dass die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Darmstadt sich in den entsprechenden Gremien und Ausschüssen auf Bund- und Länderebene (Hessischer Städtetag, Deutscher Städtetag, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Hessischer Sozialausschuss, etc.) für das europäische Umverteilungsprogramm (relocation program of the European Commission) aussprechen und dessen Umsetzung, durch die Bundesregierung Deutschland, explizit einfordern. Nur durch die Umsetzung des Programms können schutzbedürftige Menschen, die derzeit unter sehr schlechten Bedingungen in Lagern leben, auf legalem Weg, unter Einhaltung der Quote, nach Deutschland gelangen. Die Ausübung des politischen Drucks soll eine Beschleunigung darin erzielen, dass die Bundesregierung ihrer vertraglich geregelten Verpflichtung schnellst möglich nachkommt.

Begründung:

Auf der Grundlage der Vorschläge der Europäischen Kommission hat der Rat „Justiz und Inneres“ im September 2015 zwei Beschlüsse zur Umverteilung von Asylsuchenden aus EU-Eintrittsländern angenommen, um diesen Ländern zu helfen, den durch die Flüchtlingssituation ausgelösten Druck zu bewältigen.

Die Initiative „57 Darmstadt verdoppelt“ belegt das große zivilgesellschaftliche Engagement in Darmstadt und ist ein Zeichen tief empfundener Solidarität mit geflüchteten Menschen, die an den Rändern der EU festsitzen. Die Forderung der Bürgerinitiative, die Umsetzung der Beschlüsse voranzutreiben, ist folgerichtig und möge durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung unterstützt werden

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Bündnis 90/Die Grünen

CDU

SPD

FDP

UFFBASSE

DIE LINKE.